

Die Wahlprüfsteine - was junge Menschen unter #dannwaeHldoch von Parteien wissen wollen

	DIE LINKE	SPD	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	CDU	FDP	AFD
1 Jugendpolitik: Was unterscheidet sie eigentlich von anderen Parteien? Wofür stehen Sie in der Jugendpolitik?	Wir stehen für eine Jugendpolitik, die nicht auf Bevormundung und Gängelung, sondern auf Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung setzt. Wir werden alles tun, um den Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, sich zu engagieren und mitentscheiden und die Einrichtung von Kinder- und Jugendparlamenten voranzubringen. Als soziale Kraft in Sachsen meinen wir, dass niemand wegen des Altershaars oder einem geringen Einkommen ausgeschlossen werden darf. Die Nutzung von Sportstätten soll für Kinder und Jugendliche entgeltfrei sein. Auch ein kostenfreies Bildungsticket für SchülerInnen und Azubis werden wir einführen.	Jugendliche sind für uns Gestalter und nicht nur „Betroffene“ von Politik. Junge Menschen sollen ihre und unsere Zukunft mitbestimmen. Das wollen wir mit ihnen gemeinsam erarbeiten. Deswegen haben wir jetzt schon die Kinder- und Jugendbeteiligung gestärkt und die Ansätze für eine eigenständige Jugendpolitik geschaffen. Und auch deswegen wollen wir das Wahlalter absenken. Eine Jugendwahlberechtigung betrifft eben vor allem junge Menschen. Auch in einer alternativen Gesellschaft müssen junge Menschen mit ihren Zielen und Interessen Gehör finden.	GRÜNE Jugendpolitik stellt die Stärken und Interessen junger Menschen in den Mittelpunkt. Junge Menschen sollen nicht nur mitreden, sondern auch mitentscheiden können. Denn sie haben ein Recht darauf, vor allem wenn es um ihre Belange geht. Uns geht es dabei um viel mehr, als die Frage nach dem Wahlalter. Die großen Zukunftsfragen wie der Klimaschutz, die Verkehrswende und die Digitalisierung betreffen eben vor allem junge Menschen. Auch in einer alternativen Gesellschaft müssen junge Menschen mit ihren Zielen und Interessen Gehör finden.	Für die Sächsische Union stehen auch in der Jugendpolitik Freiheit und Verantwortung im Mittelpunkt. Gerade in der Jugend soll man sich Ziele und Fähigkeiten entwickeln und austesten können. Dort, wo junge Menschen in Sachsen vor Problemen stehen, wollen wir ihnen bei deren Lösung helfen. Wir schreiben jungen Menschen nicht vor, wie sie zu leben haben – das unterscheidet uns von anderen Parteien. Wir wollen Jugendliche befähigen, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst zu handeln. Dazu sind neben der Erziehung durch die Eltern auch eine gute schulische Bildung und ein breites Angebot der Jugendarbeit von großer Bedeutung.	Mehr Freiräume wollen wir durch die Stärkung kommunaler Projekte. Daher muss Jugendarbeit dezentral organisiert und unterstützt werden. Unterstützung muss dabei besonders Projekte, die aus Eigeninitiative entstehen. Bezüglich der Räumlichkeiten sind insbesondere die Kommunen gefragt. Wir sehen zudem mobile und offene Jugendarbeit als besondere Multiplikatoren auch im Austausch zwischen Jugendlichen und der „erwachsenen“ Gesellschaft.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.
2 Polizeigesetz: Wir fürchten, die extrem vereinfachten Bedingungen für die Abhörung von Telefon und Handy oder verdachtsunabhängige Personen- und Ausweiskontrollen werden Jugendliche besonders treffen. Wir halten uns eben viel im Freien auf und sind oft in Gruppen unterwegs. Wie können Sie sicherstellen, dass wir nicht in unseren Grundrechten eingeschränkt werden?	Die beste Möglichkeit sicherzustellen, dass niemand in seinen oder ihren Grundrechten eingeschränkt wird ist: keine Grundrechte-einschränkende Gesetze zu erlassen. Im Gegenteil: Der aktive Schutz der Grundrechte muss ausgebaut werden. Statt eines Staates, der mit immer neuen Methoden seine BürgerInnen und Bürger überwacht, wollen wir, dass die Menschen den Staat kontrollieren können. Das heißt z. B. konkret: Kennzeichnungspflicht für PolizeibeamtInnen, Informationsfreiheitsrechte und mehr Transparenz über Lobbyismus.	Die Überwachung von Telefon- und Handyverbindungen bezieht sich ausschließlich auf die Verhinderung von Straftaten von erheblicher Bedeutung (z. B. Raub, Mord, Terrorismus) und darf ausschließlich auf richterliche Anordnung angewendet werden. Das ist aufgrund neuer Kriminalitätsphänomene leider notwendig. Gleichzeitig haben wir aber tiefgreifende Einschränkungen der Grundrechte, wie den Einsatz von Staatsstrajonen, eine Quellen-TXU oder die Onlineüberwachung von Computern verhindert. Es darf keine Generalüberwachung geben. Freiheitsrechte sind zu schützen.	Eure Befürchtung ist zutreffend. Im grenznahen Raum, an sog. gefährlichen Orten, die die Polizei einfach festlegen kann, kann die Polizei jederzeit und ohne Grund Personen anhalten, den AUSWEIS verlangen und durchsuchen. Von der Handy-Überwachung in Sachsen könnten alle betroffen sein. Dafür braucht es nicht mal einen Straftäter. Personalausweise werden nicht mehr kontrolliert, das heißt, dass nicht jede Person an einem Kontrollort auch kontrolliert wird. Kinder- und Jugendliche sind hier in besonderer Weise geschützt. Je nach Zweck kann es zum Beispiel geboten sein, Kinder- und Jugendliche überhaupt nicht zu kontrollieren. Aber natürlich müssen sich auch Kinder und Jugendliche an Gesetze halten.	Zunächst einmal sind unsere Gerichte ein guter Schutz vor Bürgerrechts-eingriffen. Sollte es vor Ende der Legislatur kein neues Polizeigesetz geben, werden wir uns als Freie Demokraten zur Aufgabe machen, das Polizeigesetz selbst neu mitzugestalten. Die Bürgerrechte der Menschen haben dabei höchste Priorität. Im Bereich der Überwachung bedeutet mehr Kontrolle nicht automatisch mehr Sicherheit, sondern insbesondere mehr Aufwand und mehr Angriffspunkte für Hackerangriffe. Der bisherige Gesetzenwurf ist daher für uns nicht tragbar.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
3 Räume für junge Menschen: Es gibt für Jugendliche zu wenige Räume oder Treffpunkte die sie unkompliziert nutzen können, um sich frei zu entfalten. Wir müssen darum auf öffentliche Plätze wie z.B. Parkplätze, Spielplätze oder Einkaufszentren ausweichen. Wie und wo ermöglichen Sie uns mehr Freiräume?	Wir setzen uns in den Gemeinden dafür ein, dass keine Jugendclubs geschlossen werden – und dass dort, wo es keine gibt, welche aufgemacht werden. Wir werden Flächen und Orte in Sachsen für selbstbestimmte und selbstorganisierte Projekte, soziokulturellen Zentren, Kultur- und Vereinstreffs, klar ist: Dafür muss das Land Sachsen ausreichend Geld zur Verfügung stellen.	Räume, die von Jugendlichen selbst gestaltet und verwaltet werden, bieten große Chancen für die individuelle Entwicklung. In diesen Räumen brauchen wir Flächen und Räume für selbstbestimmte und selbstorganisierte Projekte. Diese Vereinbarbeit zwischen Land und Kommunen soll die Förderung der Kinder und Jugendarbeit für mindestens 5 Jahre festschreiben und damit weniger Bürokratie, bessere Arbeitsverträge und vor allem Kontinuität im Vertrauensverhältnis zwischen den Jugendlichen und Jugendarbeitern ermöglichen. Dieser muss gleichzeitig ein „PAKT MIT DER JUGEND“ sein, indem Jugendliche bei der Gestaltung der Ziele beteiligt werden.	Bei der Suche nach neuen FREI-Räumen kann der Jugendclub um die Ecke nicht die einzige Antwort sein. Wir wollen jungen Menschen ermutigen, ihre Ideen selbst umzusetzen. Neben Jugendclubs und Jugendzentren sind auch andere Orte wie z.B. Parks, Clubs und Cafés für Jugendliche wichtig. Wir wollen auch andere Orte wie z.B. Parks, Clubs und Cafés für Jugendliche wichtig. Wir wollen auch andere Orte wie z.B. Parks, Clubs und Cafés für Jugendliche wichtig. Wir wollen auch andere Orte wie z.B. Parks, Clubs und Cafés für Jugendliche wichtig.	Mehr Freiräume wollen wir durch die Stärkung kommunaler Projekte. Daher muss Jugendarbeit dezentral organisiert und unterstützt werden. Unterstützung muss dabei besonders Projekte, die aus Eigeninitiative entstehen. Bezüglich der Räumlichkeiten sind insbesondere die Kommunen gefragt. Wir sehen zudem mobile und offene Jugendarbeit als besondere Multiplikatoren auch im Austausch zwischen Jugendlichen und der „erwachsenen“ Gesellschaft.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
4 Cannabis-Legalisierung: Viele Jugendliche kiffen in ihrer Freizeit hin und wieder. Wie stehen Sie zur Legalisierung von Cannabis?	Wir sind sehr dafür – schon lange. Erstens zeigen weltweit Beispiele, dass es funktioniert. Zweitens ist die bisherige gesetzliche Regelung (Alkohol erlaubt, Cannabis verboten) schlichtweg unlogisch. Drittens soll die CDU mal ihre Base chillen.	Ja, wir sind für eine Legalisierung. Aber: Der Konsum von Cannabis ist gesundheitsschädlich, das Verbot hat sicher allerdings als Warnung erwiesen. Wir wollen besser aufklären und den Anbau, Vertrieb und Verarbeitung unter strenge staatliche Kontrolle stellen. Durch die Legalisierung von Cannabis wollen wir es den Dealern harter Drogen gleichzeitig schwerer machen und die Strafverfolgung auf harte Drogen wie Crystal konzentrieren.	Für Menschen, die am Anfang ihres Berufslebens stehen, ist es besonders problematisch, wegen kleinerer Mengen Cannabis eine Strafanzüge zu bekommen. Deshalb wollen wir den straffreien Eigengebrauch von Cannabis auf 15 Gramm erhöhen. Wir kämpfen im Bundestag für ein Cannabiskontrollgesetz, das eine kontrollierte Abgabe ab 18 Jahren erlaubt. In Cannabisfachgeschäften soll über Inhaltsstoffe, Konzentration der Wirkstoffe und die Qualität informiert werden. Das schützt Konsument*innen vor dem unberechenbaren THC-Gehalt in Schwarzmarkprodukten.	Wir setzen uns für die Legalisierung von Cannabis ab 18 Jahren ein. Dies ermöglicht eine offene Kommunikation über die Risiken des Konsums, gibt mehr Spielräume für Prävention und schafft Sicherheit, indem es Gefahren zum Beispiel durch gesteuerte Produkte nimmt. Man nimmt Dealern zudem Einkommensquellen und die Steuerungsmöglichkeiten der Marktpreise liegen nicht mehr in deren Hand.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
5 Gewalt- und Drogenprävention: Drogen- und Gewaltpräventionsangebote durch Polizeibeamt*innen in Schulen erreichen offenbar nicht alle Jugendlichen. Welche alternativen zeit- und altersgemäßen Angebote und Maßnahmen im Bereich Prävention können Sie schaffen?	Das beste Mittel gegen einen missbräuchlichen Umgang mit Drogen ist Aufklärung und gesunder Menschenverstand. Tollkirschen und Fliegenpilze sind nicht verboten – und werden trotzdem fast nie konsumiert. Um gute Präventionsarbeit machen zu können, muss diese von Menschen übernommen werden, die Bescheid wissen, ehrlich und glaubhaft sind. Suchtexperten aber auch SozialarbeiterInnen sind da oft besser geeignet als Polizeibeamte.	Auch wenn die Präventionsarbeit der Polizei sehr wichtig ist, wollen manche schlicht nicht mit ihnen über Ängste und Sorgen sprechen. Das Ziel ist, Jugendliche auf Augenhöhe anzusprechen, dort wo sie ihre Zeit verbringen – in ihren Vierteln, Parks, Clubs und auf Festen. Präventionsarbeit heißt für uns auch, dass es überhaupt erst mal genügend Freizeitangebote gibt, sodass junge Menschen sich als Teil einer Gruppe fühlen, ohne Alkohol und Drogen. Damit das alles auch möglich ist, müssen wir in der Landespolitik ausreichend Geld für Sozialarbeit und für Sport-, Kultur-, Kunst- und Tanzvereine bereitstellen.	Die Polizei muss bei der Sucht- und Drogenprävention deutlich besser aus- und fortgebildet werden. Das Ziel muss Aufklärung sein, nicht Abschreckung, denn die ist meist wirkungslos. Die schulische Drogenprävention und -aufklärung soll bereits in den Klassenstufen 5 und 6 beginnen, muss aber auch in der Jugendhilfe und der Schulsozialarbeit eine größere Rolle spielen. Das Einstiegsalter bei legalen Drogen und illegalen Substanzen wie Crystal liegt mitunter schon bei 12 Jahren. Wir wollen mehr Präventionsteams in Schulen, die Gesundheit fördern und z.B. im Umgang mit Leistungsdruck helfen.	Alternative Angebote können beispielsweise Erfahrungsberichte von Betroffenen sein. Diese schrecken ab. Dazu sollte es eine umfassende Aufklärung auch über die Inhaltsstoffe sowie über die besonderen Gefahren beim Konsum insbesondere hinsichtlich der Besonderheiten in der Szene geben. Drogen- und Suchtberatung gehört nicht irgendwo in ein Amt oder zwingend ins Klassenzimmer, sondern kann viel besser über Streetwork sowie den Besuch eines Museums (z.B. Körperwelten) oder einer Suchtklinik erfolgen.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
6 Schule fürs Leben: Viele Schüler*innen wünschen sich mehr praxisbezogenes Wissen, das sie auf das selbstständige Leben vorbereitet. In den Bereichen Mittelsachen, Steuererklärung, Versicherungen vermittelt Schule nicht genug Wissen. Wie schätzen Sie die Schüler*innenorientierung sächsischer Lehrpläne ein? Wie sollen Schüler*innen oder Schulsolvent*innen in die Lehrplangestaltung miteinbezogen werden?	Politische Bildung ist in Sachsen im Bundesländervergleich unterdurchschnittlich vertreten. Wir werden den Anteil politischer Bildung erhöhen. Themen wie Klimaschutz sollen auch ganz praktisch Einzug in die Schule halten durch Ernährungsberatung, Schulküchen und -gärten. Wir streben zudem eine Erweiterung des praktischen Unterrichts in den Schulen an, um das Interesse am Handwerk zu wecken. Demokratie muss in der Schule alltäglich gelehrt werden. Um immer möglich, müssen SchülerInnen in die Planung von Unterrichtsvorhaben einbezogen werden.	Wir wollen einen praxisbezogenen Unterricht. Eine Einführung in die Flächenberechnung kann man theoretisch an der Tafel im Klassenzimmer machen, oder praktisch erfahrbar auf dem Schulhof. Wir halten eine bessere praxisorientierte Wissensvermittlung für möglich und wollen auch unter diesem Aspekt alle Lehrpläne überarbeiten. Dabei sollen neben den Lehrkräften und der Wissenschaft sowohl die Schüler*innen als auch Erwachsene aus praktischen Berufen in der Wirtschaft und im Sozialwesen einbezogen werden.	Die sächsischen Lehrpläne orientieren sich nur unzureichend an der Lebenswelt der Schüler*innen, sind zu stark und detailliert. Dabei definieren die bundesweiten Bildungsstandards in ausreichendem Maße, welche Kompetenzen die Schüler*innen für welches Abschlussthema haben müssen. Wir wollen mehr individuelle und pädagogischen Freiraum ermöglichen, wie dieses Ziel im Einzelnen erreicht wird. Die Arbeit der Lehrplankommissionen muss transparenter werden. Neben Lehrer*innen und Fachberater*innen sollten dabei auch Schüler*innen bzw. Schülervvertretungen stärker als bisher beteiligt werden.	In den sächsischen Schulen sollte auf jeden Fall mehr Praxisbezug einziehen. Das wollen wir durch eine Stärkung des GRW-Unterrichts erreichen. Die Schüler sollten über das Feedback von Schülereignissen bei der Erarbeitung der Lehrpläne einbezogen werden sowie vor Ort bei Wahlthemen direkt in der Klasse.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
7 Mehr Sozialarbeiter*innen: Uns ist es wichtig, dass jeder junge Mensch mit seinen Anliegen, Fragen und auch Problemen ernst genommen wird. Dafür braucht es aus unserer Sicht unterschiedliche Ansprechpartner*innen. Was planen Sie, um allen Jugendlichen ein Unterstützungs- und Hilfesystem entsprechend dem individuellen Bedarf zugänglich zu machen?	Diese Frage ist sehr allgemein gestellt, denn die Probleme, die Leute haben, sind sehr verschieden – und zwar unabhängig vom Alter. Viele individuelle Probleme sind also nicht „jugendspezifisch“, sondern können auch bei Erwachsenen auftreten. Hauptproblem ist hier, dass junge Menschen aber oft nicht ernstgenommen werden – das muss sich ändern. Das besondere Risiko für Kinder und Jugendliche, Gewalt und Kriminalität ausgesetzt zu sein, muss durch Mittel der Arbeitsbeschäftigung gezielt verringert werden. Die Jugendhilfe stärken wir in den Kommunen.	Jede und jeder ist wichtig. Wir müssen Gesellschaft stärker aus der Perspektive von Kindern und Jugendlichen denken. So fällt es uns leichter, die richtigen Unterstützungsangebote zu machen. Dabei muss es Angebote in allen Lebensbereichen junger Menschen geben. In der Schule wollen wir die Schulsozialarbeit weiter stärken. In der Freizeit wollen wir, dass es in allen Städten und Gemeinden Angebote der offenen Jugendarbeit gibt. Außerdem wollen wir die Jugendberufsagenturen ausbauen, um Jugendliche bei der Berufsorientierung und den Einstieg in die Berufsausbildung oder ins Studium besser zu unterstützen.	Junge Menschen sollen verschiedene Hilfe finden, wenn es mal nicht rund läuft. Das können Sozialarbeiter*innen auf der Straße, in der Schule oder der Familienberatung sein. Wir wollen mehr offene Angebote in der Jugendarbeit, die junge Menschen in ihrer Freizeit erreichen. Damit das gelingt, muss der Freistaat die Kommunen mit zusätzlichen Geldern unterstützen. Unser Vorschlag: Die Jugendpasschale soll pro Kopf von 12,40 Euro auf 15 Euro angehoben werden. Damit können mehr Angebote entstehen, die präventiv wirken, bevor Probleme entstehen und Hilfen zur Erziehung in Anspruch genommen werden müssen.	Für ein erfolgreiches Unterstützungs- und Hilfesystem sehen auch wir den Schlüssel in vielseitigen Angeboten. Dabei braucht es sowohl Fachkräfte als verlässliche Ansprechpartner in der offenen und mobilen Jugendarbeit, als auch Sozialarbeit an jeder sächsischen Schule. Ein Grundstock an Angeboten der Sozialarbeit müssen zudem für jeden jungen Menschen rund um die Uhr auch beispielsweise über digitale Kommunikationswege erreichbar sein.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
8 Internet - gut und frei verfügbar: Für die Freizeit, aber auch für Schule und Arbeitswelt ist ein guter Zugang zum Internet heutzutage unerlässlich. In vielen Orten im ländlichen Raum, aber auch in zahlreichen Schulen ist das nicht gegeben. Was tun Sie, damit wir überall und rebungstlos online sein können?	Der Netzausbau wird bisher den privaten Anbietern überlassen – die aber nur aktiv werden, wenn Gewinne winken. Würden wir wie bei Krankenhäusern, Fahrradwegen und Straßen wollen? Nein. Sinnvolle digitale Infrastruktur ist jedoch ebenso wichtig, wie sinnvolle analoge Infrastruktur. Deswegen wird es Zeit, den Netzausbau auch in staatlche Hand zu nehmen und diesen als Grundversorgung für alle auch ohne Profitabsicht voranzutreiben.	Der Breitbandausbau in Sachsen läuft auf Hochtouren und wir wollen ein 5G Netz in ganz Sachsen. Wir haben übrigens in den letzten Jahren die Voraussetzung dafür geschaffen, dass mehr öffentliche WLAN-Netze rund um Schulen, auf Marktplätzen oder auch einer ganzen Stadt eingerichtet werden können.	Aus unserer Sicht sollen alle Zugang zu schnellem Internet haben. Dafür müssen die Internetzugänge, besonders im ländlichen Raum, zügiger als bisher mit Breitband ausgebaut werden. Wir fordern, die Kommunen beim Ausbau besser zu unterstützen. Außerdem können durch freie WLAN-Netze auch in ländlichen Orten. In sogenannten „Freifunk-Initiativen“ schließen sich Bürgerinnen und Bürger zusammen, die ihr privates WLAN für alle frei zugänglich und kostenlos bereitstellen. Sie werden bisher nicht gefördert. Wir wollen die Freifunk-Initiativen stärken und den Ausbau von öffentlichem WLAN vorantreiben.	Für uns als CDU ist klar: Ganz Sachsen braucht schnelles Internet. Dafür stellen wir allein in den kommenden beiden Jahren 700 Millionen Euro bereit. Bei der Forschung des Mobilfunkstandards 5G ist Sachsen führend. Jetzt geht es darum, den Ausbau, neben dem Glasfaserausbau, zügig voranzutreiben. Außerdem werden wir die Kommunen dabei unterstützen, ein öffentliches WLAN zur Verfügung zu stellen. In einem ersten Schritt soll dazu ein freier Zugang in allen öffentlichen Gebäuden des Freistaats ermöglicht werden.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
9 Smartphones in der Schule: Handys werden nahezu immer und überall von allen benutzt. In Schulen ist es häufig grundsätzlich verboten. Uns ist es wichtig, einen verantwortungsvollen Umgang mit den Geräten zu lernen. Wie stehen Sie dazu, die Benutzung von Handys an Schulen grundsätzlich zu verbieten?	Wir sind für demokratische Schulen, an denen auch Schülerinnen und Schüler aktiv mitbestimmen und mitentscheiden können. Damit das funktioniert, müssen aber auch Entscheidungen „Jübig“ bleiben, die von OT getroffen werden können. Über solche Regeln und wann man wie und wo (und ggf. an einer Schule generell) die Benutzung von Handys erlaubt, sollte eine solche Entscheidung sein, die demokratisch von allen Beteiligten an den Schulen getroffen wird.	Smartphones gehören heute einfach dazu. Uns geht es um einen verantwortungsvollen Umgang und nicht um allgemeine Verbote. Wichtig ist, dass gemeinsame Spielregeln innerhalb einer Schule verabredet werden. In den kommenden Jahren werden alle Schulen mit WLAN ausgestattet, dann wird die Nutzung von Smartphones im Unterricht möglich. Gleichzeitig muss bewusstes Weglegen des Handys Thema sein. Bei der Nutzung digitaler Endgeräte ist es wichtig, dass niemand benachteiligt oder ausgeschlossen wird. Es muss deshalb immer eine gewisse Anzahl an Endgeräten in der Schule geben.	Wir wollen keine zentrale Vorgabe, sondern favorisieren die Regelung, dass die Schulkonferenz entscheidet, wann die Nutzung von mobilen Endgeräten zulässig ist und wann nicht. Ein generelles Verbot ist unrealistisch. Dabei bietet sich gerade in der Schule Gelegenheit, Medienkompetenz und den verantwortungsbewussten Umgang mit den Geräten zu fördern. Die bewusste Einbeziehung von mobilen Endgeräten in den Unterricht kann pädagogisch sinnvoll sein. Außerhalb des Unterrichts ist die Schule ein zentraler Lebensort der Schüler*innen, an dem die Nutzung erlaubt sein sollte.	Ein Handyverbot an Schulen sehen wir eher kritisch. Vor dem Hintergrund, unsere Schulen zu digitalen Schulen weiterzuentwickeln, sehen wir auch die verstärkte Nutzung entsprechender Geräte im Unterricht als sinnvoll an. Die Vielzahl an möglichen Anwendungen im Unterricht lässt aus unserer Sicht ein generelles Verbot von Handys an Schulen nicht zu. Gleichwohl sehen wir die Nutzung für private Kommunikation während des Unterrichtes schon als Problem. Deshalb ist es wichtig, dass Schulleitung, Lehrer und Schüler gemeinsam überlegen, wie sie das regeln wollen.	In der Pause wollen wir die Handynutzung generell erlauben, im Unterricht sollte die Entscheidung weiterhin beim Lehrer liegen. Klar ist: digitale Geräte gehören in die Gesellschaft und daher auch in den Unterricht. Dies sollte jedoch nicht unbedingt durch Handys geschehen. In diesem Zusammenhang setzen wir uns zudem für eine bessere Kompetenzvermittlung im Umgang mit Social Media ein. Durch generelle Verbote von Handys an Schulen würde man die Realität ausblenden.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.
10 Bus und Bahn im ländlichen Raum: Wir als junge Menschen sind häufig mehr als alle anderen auf den ÖPNV angewiesen. Je weiter man aus den Städten rausfährt, desto schlechter wird der ÖPNV. Wie können wir den ÖPNV in ländlichen Gebieten verbessern? Wie können wir unsere Mobilität gerade im ländlichen Raum erleichtern?	1. Ein einheitliches Tarifgebiet (Verkehrsverbund) in Sachsen. 2. Für alle SchülerInnen und Schüler sowie Azubis ein kostenfreies Bildungsticket. 3. Klare und einheitliche Qualitätsstandards für Bus und Bahn. Die AFD fordert, dass gerade junge Menschen dabei auch nutzen können. Deshalb wird am 1. August 2019 ein kostenintensives Azubiticket in Sachsen eingeführt. Zum Schuljahresbeginn 2019/2020 soll zudem ein günstiges, ganztägig und in allen Verkehrsverbänden gültiges Bildungsticket für SchülerInnen und Schüler folgen.	Verbesserungen bei Bus und Bahn ist eines der wichtigsten Zukunftsthemen. Wir wollen Stadt und Land gemeinsam denken und besser durch öffentliche Verkehrsmittel verbinden. In Sachsen gehen und damit die Mobilität in der Freizeit ermöglichen. Aber wer weder Bus noch Bahn zur Verfügung hat, dem bringt auch die Kostenfreiheit nichts. Deshalb wollen wir unser Konzept „Sachsentakt“ bis 2025 umsetzen, d.h. mindestens stündliche Verbindungen auf den Bahnstrecken (in den Ballungsräumen und im ländlichen Raum) und Schnellbus-Linien, die gemeinsam von Freistaat und Landkreisen finanziert werden.	Wir verbessern die Verbindungen zwischen ländlichen Regionen und städtischen Ballungsräumen. Dafür investieren wir in Straßen, Zugverbindungen und in der Zukunft mit neuen Bussen, mit WLAN, wollen wir Mobilität erreichen. Klare, einheitliche Sachsentakte schaffen wir ein einfaches Tarifsystem. Auszubildende können bereits ab dem 1. 8. um dem „Azubi-Ticket“ für 48 Euro im Monat in ihrem Verkehrsverbund den ÖPNV nutzen und bei Bedarf mit geringem Aufpreis weitere Verkehrsverbände. Wir begrüßen die Bestrebungen, das „Azubi-Ticket“ zu einem „Junge-Leute-Ticket“ für junge Leute zwischen 14 und 26 weiterzuentwickeln.	Viele Verbindungen auf dem Land sind teuer und mit hohen Verlusten für die Verkehrsunternehmen verbunden. Der Schlüssel sind daher intelligendere Modelle wie Rufbusse, Kleinbusse oder kleine Busse. Außerdem ist eine Reform des Verkehrsverbundes erforderlich, um ein funktionierendes W-Lan die Regel ist. Am Ende ist die Infrastruktur jedoch nur die halbe Miete, wenn wir die Möglichkeiten der Digitalisierung, beispielsweise durch mangelnde Einbindung in den Unterricht, nicht nutzen.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
11 Internationaler Jugendaustausch stärken: Wir wollen ein weltoffenes Sachsen. Was tun Sie für internationale Jugendbegegnungen und dafür, dass sie allen Jugendlichen zugänglich sind unabhängig bspw. von Inklusionsbedarf oder finanziellen Möglichkeiten?	Das wollen wir auch ;) Grundsätzlich ist unser Anspruch: Niemand darf in diesem reichen Land wegen Armut oder einer Behinderung ausgeschlossen sein. Dafür werden wir die gesetzlichen Regelungen schaffen. Wir treiben den Ausbau der Kooperation im Bildungsbereich voran, entwickeln gemeinsam Projekte, intensivieren den Schüler*innen-austausch und Stipendienprogramme (schulische, berufliche, Hochschulbildung). In interkulturellen Projekten sollen Kinder und Jugendliche lernen, dass Menschen aus allen Ländern und Kulturen wichtige Beiträge zur Entwicklung der Menschheit geleistet haben.	Wir stärken die internationalen Jugendarbeit. In vielen Landkreisen und Städten gibt es oder entstehen dazu Projekte, die wir auch als Land finanziell unterstützen. Wir leben in einem gemeinsamen Europa. Gerade junge Menschen in Europa sollten sich kennenlernen, gemeinsam Projekte machen und gemeinsam leben. In internationalen Projekten erwerben junge Menschen wichtige Kompetenzen und wir stärken den internationalen Zusammenhalt.	Sprache verbindet. Wir wollen schon in der Kita damit beginnen, die Sprachen-Vielfalt in Europa zu entdecken. Bildungsangebote dürfen nicht an Grenzen halt machen. Kitas und Grundschulen sollen internationaler werden, indem sich Kinder aus verschiedenen Ländern begegnen und die Sprache unserer Nachbarländer lernen. In Sachsen und Tschechien sollen grenzüberschreitende Themen sollen im Lehrplan mehr Beachtung finden. Schüler*innen wollen wir darin bestärken, selbst Austauschprogramme sowie Begegnungsprojekte zu starten.	In unserem Europawahlprogramm setzen wir uns für eine Bildungsfreiwilligkeit als neue Grundfreiheit ein. Dabei wollen wir europaweit neben der Förderung von Schüleraustausch auch insbesondere das Erasmus-Programm ausbauen und insbesondere Auslandsaufenthalte für Auszubildende attraktiv machen.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
12 #FridaysForFuture: Schüler*innen nehmen an den „FridaysForFuture“-Demonstrationen teil, nicht, weil sie die Schule schwänzen möchten, sondern, weil ihnen das Klima und die Erde am Herzen liegen! Schließlich streikt die Bahngewerkschaft auch nicht an einem Sonntag. Wie können Sie die engagierten Jugendlichen darin stärken, sich an wichtigen Diskussionen um Zukunftsthemen wie dem Klimawandel zu beteiligen?	#FridaysForFuture zeigt, dass es nicht unbedingt jemanden braucht, der „Jugendliche“ darin stärkt, etwas zu tun – das kriegen junge Leute oft auch allein hin. Zumal es in diesem Falle nicht darum geht, wer sich engagiert (junge wie alte Menschen können sich ja sowohl für gute als auch schlechte Sachen engagieren), sondern wofür. In diesem Falle: Für einen Erhalt unserer Planeten und einer lebenswerten Umwelt – ein Ziel, das wir teilen. Allerdings sollten junge Leute mehr demokratischen Einfluss (z. B. das Wahlrecht) erhalten – dann müssen sie auch von den Rechten und Konservativen ernst genommen werden.	Die „FridaysForFuture“ – Demonstrationen sind eine große Chance, eine ganze Generation für unser Demokratie zu begeistern. Dazu müssen wir nicht alle Forderungen erfüllen, sondern die Jugendlichen zum Teil politischer Entscheidungen machen. Deshalb sprechen wir uns für die Absenkung des Wahlalters aus. Uns ist genauso wichtig, dass jede und jeder seinen Beitrag zum Umweltschutz leistet, indem z.B. Mehrwegbecher verwendet werden, die Nutzung von Fahrrad oder Bus und Bahn attraktiver wird und Verpackungsmüll vermieden wird. Für uns ist daher auch ist Förderung von Umweltbildung und von Umweltverbänden wichtig.	Wir unterstützen die Anliegen der weltweiten Jugendbewegung #Fridaysforfuture. Der Klimawandel muss jetzt gestoppt werden. Unsere Zukunft und die aller nachfolgenden Generationen steht auf dem Spiel. Demonstrierende SchülerInnen und Schüler dürfen nicht bestraft werden. Ganz im Gegenteil: Demokratisches und zivilgesellschaftliches Engagement, soziale Verantwortung und religiöse Toleranz sollte in Kitas und Schulen gelernt und gelehrt werden. Auch Erzieher*innen und Lehrkräfte sollen darin geschult werden. Demokratische Bildung wollen wir im Klagesatz verankern und in der Schule stärken.	Engagement in der Gesellschaft verdient Respekt. So sollten wir auch die FridaysForFuture-Demonstrationen als Anlass nehmen, um mit den SchülerInnen und Schülern zur Klimapolitik ins Gespräch zu kommen. Daran anknüpfend ist unser Ansatz, Engagement in Vereinen, Verbänden und insbesondere politischen Jugendorganisationen attraktiv zu gestalten. Dort können gerade kleine Ziele oft noch effektiver erreicht werden. Der Zukunftsfrage des Klimawandels können wir am Ende nur mit unzähligen kleinen Maßnahmen effektiv begegnen. Dafür braucht es eine generationenübergreifende Zusammenarbeit.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
13 Tier- und Umweltschutz: Was macht Ihre Partei, um eine nachhaltige Landwirtschaft zu fördern und so die Umwelt zu schonen? Wir denken dabei an Massentierhaltung und Pestizide, aber auch an die Unterstützung von Bio-Bauern.	Wir wollen Sachsen zu einem Land mit nachhaltiger, sozial-ökologischer Wirtschaftsweise entwickeln, bspw. dadurch: 1. Mega-Ställe werden wir nicht mehr erlauben. Tiermastungen und Käfighaltung werden wir abschaffen und Antibiotikaansatz weiter reduzieren 2. Der Ökolandbau wird durch uns besonders gefördert. 3. Wir sind gegen Milch- und Fleischpreise auf Ramschniveau. Deshalb werden wir die Marktdominanz der Lebensmittelriesen beenden und den Verbraucher*innen mehr Auswahl ermöglichen. 4. Wir wollen eine regionalisierte, genossenschaftlich organisierte Erzeugergemeinschaften stärken.	„Sachsen blüht“, so heißt unser neues Programm. Es stellt Geld bereit, damit es wieder mehr Blütenflächen und damit Lebensraum für Insekten gibt. Denn ohne Insekten gibt es kein Leben, wie wir es kennen. Die Landwirtschaft soll aber auch ihren Teil zum Umweltschutz beitragen. Landwirte, die sich für die biologische Vielfalt einsetzen, sollen stärker unterstützt bzw. gefördert werden. Der ökologische Landbau soll durch neue Beratungsinstitutionen gestärkt werden. Auswieser der Massentierhaltung wollen wir unterbinden. Kükenstreddern und ähnliches sinnloses Tierleid wollen wir zügig beenden.	Wir GRÜNE setzen uns für eine nachhaltige und soziale Landwirtschaft ein, die hochwertige Lebensmittel herstellt und gleichzeitig die Lebensräume für die Artenvielfalt und die Pflanzenvielfalt stärkt. Die Landwirtschaft soll fördern, denn bisher werden in Sachsen nur knapp 7 % der Landwirtschaftsflächen ökologisch, d.h. ohne Pestizide und synthetische Dünger beackert. Auch für die verbleibenden 93 % konventionelle Ackerfläche gilt mit uns: deutlich weniger Düngemittel und Pflanzenschutzmittelinsatz als der Bewirtschaftung der Flächen in Wassereinzugsgebieten so gering wie möglich zu halten. Ein anderes Thema ist die Sicherung der Artenvielfalt. Wir wollen Landschaftselemente wie Hecken, Blüh- und Brachstreifen erhalten und neu anlegen. Das dient dem Überleben von Insekten, speziell auch Bienen.	Wir wollen für mehr Transparenz bei Produkten sorgen, Bauern durch weniger Bürokratie entlasten sowie auf Bundesebene die kartellrechtliche Missbrauchsbekämpfung und Fusionskontrolle stärken, durch eine Reform des Genossenschaftsrechts die starren Lieferbeziehungen zwischen Genossenschaften und Erzeugern modernisieren und die innergenossenschaftliche Demokratie stärken.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.	
14 Zukunft in Sachsen: Als junge Menschen, leben wir gerne in Sachsen und können uns gut vorstellen, hier zu arbeiten. Die im Vergleich zu anderen Bundesländern niedrigeren Löhne und der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern sind aber sehr unattraktiv. Das führt zu Abwanderung. Wie werden Sie dem entgegenwirken?	Wir kämpfen seit jeher für gleiche Löhne in Ost und West und bei Männern und Frauen. Wir die gleiche Arbeit macht, soll gleich bezahlt werden. Punkt: Allerdings muss man so ehrlich sein und sagen, dass dies in einem Bundesland nur begrenzt beeinflussbar kann. Doch einige Ansatzpunkte gibt es auch bei uns in Sachsen: Wenn öffentliche Aufträge (z. B. der Bau einer Straße) vergeben werden, legt das Land die Kriterien fest – bisher soll es oft nur besonders billigen sein. Wir meinen: Soziale Faktoren und faire Löhne müssen auch eine Bedingung für die Entscheidung bei solchen Vergaben sein.	Wir wollen, dass niemand aufgrund schlechter Löhne oder fehlender Arbeits- oder Ausbildungsplätze seine Stadt oder Sachsen verlassen muss. Das Gehalt spielt natürlich eine wichtige Rolle. Die SPD hat deswegen den Mindestlohn eingeführt. Den wollen wir schrittweise auf 12 Euro erhöhen. Außerdem wollen wir eine Mindestvergütung (quasi einen Mindestlohn) für Azubis einführen und das BaFög erhöhen. Mehr Betriebe brauchen Tarifverträge – dort sind gute und gerechte Arbeitsbedingungen und Löhne festgesetzt. Als Anreiz sollen besonders solche Unternehmen Arbeitsaufträge vom Land Sachsen bekommen.	Für gleiche Bezahlung müssen Frauen und Männer die gleichen Chancen im Beruf haben. Frauentypische schlecht bezahlte soziale Berufe müssen aufgewertet werden. Kinderbetreuung oder die Pflege von Angehörigen darf v.a. für Frauen nicht zur Karrierefalle werden. Arbeitszeit- und -ort müssen flexibel sein. Wir wollen die gesetzliche Grundlaga dafür schaffen. Für höhere Löhne in Sachsen brauchen wir statt reiner Produktion mehr Betriebe, die forschen und entwickeln. Voraussetzung für mehr Innovationen sind Netzwerke, Kooperationen und steuerliche Entlastungen für diese Betriebe. Starke Unternehmen für starke Löhne.	Im Vergleich mit den anderen ostdeutschen Bundesländern liegt Sachsen keineswegs auf einem der letzten Plätze – im Gegenteil. Zudem steigen die Löhne in Sachsen schneller als in den westdeutschen Bundesländern – für Männer und Frauen. Der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern ist definitiv noch immer zu hoch, aber bei uns in Sachsen geringer als in vielen anderen Bundesländern. Hier wollen wir noch mehr tun, in dem wir uns zum Beispiel dafür einsetzen, dass noch mehr Tarifverträge zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgebern geschlossen werden, in denen die gleiche Bezahlung von Männern und Frauen geregelt ist.	Bestehende Unterschiede aufgrund des Geschlechts müssen konsequent angegriffen werden. Dabei sind wir jedoch gegen das Instrument der Quoten, da wir eine Vorstellung von Gleichheit haben, bei der wir nicht mehr über Geschlechter nachdenken. Durch eine Quote rückt das Geschlecht der Person dagegen wieder mehr in den Vordergrund. Eine größere Steigerung der Löhne im Vergleich zu anderen Bundesländern wollen wir durch die Ansetzung neuer Unternehmen, gute Schul-, Berufs- und Studienausbildung sowie der Angleichung der Systeme zur Rentenberechnung in Ost- und West.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.
15 Wahlalter absenken: Wir haben eine Meinung und wollen eine Stimme. Werden Sie das Wahlalter absenken?	Selbstverständnis. Das wollen wir bei Kommunalwahlen, Landtagswahlen, Bundestagswahlen und Europawahlen. Es kommt auch bisher niemand schlüssig erklären, warum Menschen zwar z. B. mit 16 Jahren „zu jung“ zum wählen sein können, aber gleichzeitig niemand z. B. mit 98 Jahren „zu alt“. Wir meinen: So wie niemand auf die Idee kommt, ältere Menschen ab einem gewissen Alter das Wahlrecht wegzunehmen, wollen wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich an der Wahl zum Wählen.	Wir wollen, dass eure Stimme zählt. Dazu gehört für uns die Beteiligung an direkter und repräsentativer Demokratie in Stadt und Land. Wir wollen daher das Wahlalter auf 16 Jahre herabsenken, sowohl für die Kommunal- als auch für die Landtagswahlen.	Wir wollen das Wahlalter für Kommunal- und Landtagswahlen auf 14 Jahre senken und Kinder in ihren Rechten stärken, indem wir sie an Entscheidungen beteiligen, von denen sie betroffen sind. Kinder- und Jugendbüros sollen über die Beteiligung in der eigenen Stadt bzw. Region informieren und die Anliegen junger Menschen in die Entscheidungsprozesse tragen. Mit einem Netzwerk „Jugendlandtags“ diskutieren wir jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich an der Entwurfsfassung vor. Bis zum endgültigen Beschluss des Programms am 29. Juni findet eine breite Diskussion in der Partei und mit den Bürgern statt. Dabei verschließen wir uns keiner Debatte.	Wir wollen die Einflussmöglichkeiten der Jugendlichen stärken. In der laufenden Legislaturperiode haben wir die Jugendbeteiligung bei Entscheidungen auf kommunaler Ebene gesetzlich festgeschrieben. Damit können sich Kinder und Jugendliche gerade bei Entwicklungen in ihrem unmittelbaren Lebensumfeld einmischen und beteiligen. Zukünftig wollen wir das Konzept eines „Sächsischen Jugendlandtags“ diskutieren. Gegenwärtig liegt unser Flaggschiffprogramm in der Entwurfsfassung vor. Bis zum endgültigen Beschluss des Programms am 29. Juni findet eine breite Diskussion in der Partei und mit den Bürgern statt. Dabei verschließen wir uns keiner Debatte.	Ja. Wir setzen uns für ein aktives Wahlrecht ab 16 Jahren bei Landtagswahlen ein.	Trotz mehrfacher Nachfrage hat die AfD Sachsen die Fragen der Jugendlichen nicht beantwortet.